

II. 9.3.24 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4565/1J

1993-04-02

A N F R A G E

der Abgeordneten Meisinger, Böhacker, Rosenstingl
 und Kollegen an den Herrn Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
 betreffend die Zukunft der Verstaatlichten Industrie Österreichs

Rund einhundert Milliarden Schilling wurden im Laufe der Zeit in die Verstaatlichte Industrie Österreichs investiert, davon allein 60 Milliarden in den letzten zwölf Jahren.

Trotz permanenter Finanzspritzen werde im Jahr 1992 der verstaatlichte AI-Konzern allein aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit einen Verlust von etwa drei Milliarden Schilling hinnehmen müssen.

Es drohe ein Finanzverlust von rund fünf Mrd.S, erstmals seit Jahren habe die AI auch einen 5%-igen Umsatzrückgang hinnehmen müssen, die Zahl der Beschäftigten sei um 4000 zurückgegangen. Damit habe die AI die von Verstaatlichten-Minister Klima dem Management gesetzten Vorgaben von 2,5 Milliarden S Gesamtverlust deutlich verfehlt – so ÖVP-Industriesprecher Bartenstein und ÖVP-Generalsekretär Maier in einer Pressekonferenz.

Schon am 26.11.92 äußerte sich VP-Vizekanzler Busek in einem Gespräch mit der "Presse" wie folgt: Klimas Konzept für die Verstaatlichte ist bereits vor der Realisierung zusammengebrochen. Es wäre an der Zeit, die Realitäten anzuerkennen. (...) Die ÖVP lehne jede Mitverantwortung für die Entwicklung in der "Verstaatlichten" ab, weil sie von der SPÖ auch nie in die Entscheidungen miteingebunden wurde.

ÖVP-Finanzstaatskretär Ditz am 11.12.92 im "Standard":

Es bestehe die Gefahr, daß das außer Kontrolle geratene "Flaggschiff AI" bei weiterem Schlingern die gesamte österreichische Volkswirtschaft in Turbulenzen bringe; und – die ÖVP bestrebe auf der Einhaltung des Koalitionsabkommens und sei nicht gewillt, wie dies von Betriebsräten aus dem Verstaatlichten-Konzern gefordert wird, auf die Rückzahlung der noch ausstehenden 3,4 Milliarden in Form von Dividenden an das Budget zu verzichten. Der neuerliche Anlauf zur Schaffung eines österreichischen Mischkonzernes in internationalen Dimensionen sei gescheitert. Die finanzielle Lage des Konzerns sei ungeklärt, weder ein Börsengang noch eine private Plazierung der Aktien seien vorstellbar.

ÖVP-Industriesprecher Bartenstein in einer Pressekonferenz ("Presse", 3.3.1993): Eine Stundung der offenen Rückzahlungsverpflichtungen der AI an den Bund komme derzeit nicht in Frage.

Trotz schlechter Ausgangslage für 1993 hält Minister Klima noch am 3.12.1992 ("Standard") daran fest, daß die AI bis Ende der Legislaturperiode 3,4 Mrd. an das Budget zurückzahlen.

Inzwischen ist längst klar geworden, daß die AI auf Grund ihres katastrophalen Betriebsergebnisses von 1992 nicht in der Lage sein werden, auch nur einen Bruchteil der 3,4 Mrd. zurückzuzahlen, für 1993 werden bereits jetzt massiv rote Zahlen in der Bilanz erwartet, mindestens 2000 Mitarbeiter sollen 1993 allein in Linz abgebaut werden, "praktisch fix" ist auch, daß die ausständigen 3,4 Mrd. bis Ende 1994 nicht ans Budget zurückbezahlt werden können (Kurier, 8.3.93), von den Mitarbeitern wird in der herbstlichen Lohnrunde ein sogenanntes "Solidaritätsopfer" verlangt, die "Presse" (27.11.92) spricht von einem "Totentanz der Verstaatlichten".

Angesichts der völligen Orientierungslosigkeit der Regierung in der Verstaatlichten-Politik, der katastrophalen wirtschaftlichen Situation der verstaatlichten Betriebe, der Uneinigkeit der Regierungskoalition mit gegenseitigen Schuldzuweisungen von ÖVP und SPÖ, der Vielzahl gebrochener Versprechen und mißglückter Sanierungsvorschläge und aus großer Sorge um die Zukunft der Verstaatlichten Industrie und seine Belegschaften stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr die folgende

A n f r a g e

1. Halten Sie die Abschaffung der Konzern – Holding der Austrian Industries und deren Rückführung in eine reine Beteiligungsverwaltung, wie sie **ÖVP-Finanzstaatssekretär Ditz** fordert, für einen guten Ansatz, und wenn ja, welche Schritte unternehmen Sie mit welchem Erfolg in diese Richtung?
2. Stimmen Sie der dringenden Forderung des **ÖVP-Industriesprechers Bartenstein** und des Vorsitzenden des Verstaatlichten-Ausschusses, **Stocker (ÖVP)**, nach Erstellung eines kurzfristigen Rechnungshofberichtes, in dem vor allem die Milliarden-Verluste der AMAG durchleuchtet werden sollen (Kurier, 3.3.93), zu, und wenn ja, welche Schritte haben sie unternommen, um eine solche Prüfung herbeizuführen?
3. Werden die AI in der Lage sein, die laut Koalitionsabkommen zwischen ÖVP und SPÖ bindend vorgeschriebene Rückzahlung der zitierten 3,4 Milliarden Schilling an das Budget bis zum Ende der Legislaturperiode durchzuführen?
Wenn ja, wann wird das der Fall sein?
Wenn nein, warum nicht ?
4. Sind Sie der Meinung, daß ein neuerlicher Wortbruch, wie er im Fall einer Nicht-Rückzahlung der erwähnten 3,4 Milliarden gegeben wäre, negative Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in den AI-Konzern bei Belegschaft und Geschäftspartnern hervorrufen würde?
Wenn ja, lassen sich diese Verluste an nationaler und internationaler Reputation quantifizieren?

5. Wurden mit dem Finanzministerium, welches z.B. am 26.11.1992 noch "eisern" an der Erfüllung der Zahlungsverpflichtung an den Bund in Höhe von 3,4 Milliarden festhielt und postulierte, daß keine Budgetbelastung aus der "Verstaatlichten"-Misere resultieren dürfe ("Presse"), bereits Gespräche wegen einer möglichen Stundung der Rückzahlung geführt und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
6. Stimmen Sie mit Herrn Dr. Sckyra, der anlässlich eines Gespräches mit Vertretern der FPÖ am 1. Februar 1993 klar erklärte: "Wenn Corex kommt, dann sicher nach Linz" überein und ist der Belegschaft am Stahlstandort Leoben diese Haltung des AI-Generaldirektors bekannt?
7. Haben Sie mit Ihrem **Koalitionspartner, der ÖVP, deren Obmann und Vizekanzler der Bundesregierung Dr. Busek** schon im vorigen Jahr Ihr Konzept für die Verstaatlichte als vor der Realisierung zusammengebrochen abqualifizierte, Gespräche zur Rettung der Verstaatlichten Industrie geführt?
Wenn ja, welche Ergebnisse wurden erzielt?
Wenn nein, warum nicht?
8. **Herr Abg. Burgstaller (ÖVP)** hält die "Verstaatlichte" in ihrem derzeitigen Zustand, unter der gegebenen Führungsstruktur in weiten Teilen nicht für sanierbar (Erfolg, 2/93). Teilen Sie diese Ansicht?
Wenn ja, welche "neuen Strukturen" fassen Sie ins Auge und gibt es diesbezüglich einen organisatorischen und zeitlichen Planungshorizont?